

An die
SPD-Landtagsfraktion
z.Hd. U. Commerçon

Saarbrücken, den 30.05.2011

Stellungnahme der GEW zur Landtagsdrucksache I4/424

Sehr geehrter Herr Commerçon,

in oben bezeichneter Angelegenheit gibt die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), Landesverband Saarland, nachfolgende Stellungnahme ab:

in Artikel I sind die umfangreichen Aufgaben der Gemeinschaftsschule genannt. Sie organisiert mindestens zwei zentrale Abschlussprüfungen, fördert jeden Schüler individuell, vermittelt eine erweiterte, vertiefte Bildung und bereitet auf die Berufsausbildung vor. Die GEW fordert, dass für diesen umfassenden pädagogischen Auftrag ausreichende personelle und sächliche Mittel zur Verfügung gestellt werden. Als Grundprinzip der Budgetierung sollte gelten: Je heterogener die Schülerschaft zusammengesetzt ist (viele Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf etc.), desto größer sollten die Ressourcen sein, die der jeweiligen Schule zugewiesen werden.

Die GEW begrüßt, dass bis einschließlich Klasse 8 keine Versetzungsentscheidung stattfinden soll.

Die GEW bedauert, dass die Landesregierung keine klaren Ziele in Richtung gemeinsames Lernen in heterogenen Gruppen formuliert und stattdessen die jeweilige Ausgestaltung der Gemeinschaftsschule in das Belieben der Schulkonferenz stellt. Dies stellt nicht sicher, dass mit der Einführung der Gemeinschaftsschule auch tatsächlich ein pädagogischer Fortschritt in Richtung des individualisierten Lernens in heterogenen Lerngruppen erzielt wird. Es kann auch zu Rückschritten gegenüber dem bisher erreichten Stand gemeinsamen Lernens kommen - zumal das Thema inklusive Bildung völlig unerwähnt bleibt. Auch ergibt sich aus der Forderung nach individueller Förderung einerseits und dem gleichzeitigen Beharren auf zentralen Abschlussprüfungen ein Widerspruch. Mit diesen Widersprüchlichkeiten und Beliebigkeiten fällt es schwer, dem Anspruch, mehr Chancengleichheit herzustellen, gerecht zu werden.

Die GEW fordert darüber hinaus auch eine grundlegende Reform des Gymnasiums: Auch das Gymnasium muss alle Bildungsabschlüsse anbieten und Aspekte beruflicher Bildung integrieren.

Im Übrigen verweisen wir auf das Positionspapier der GEW zum Eckpunktepapier Gemeinschaftsschule, das auf dem GEW Landesausschuss im November 2010 beschlossen wurde. Dieses Positionspapier hat folgenden Wortlaut:

„Die GEW setzt sich weiterhin für eine Schule ein, die von allen Kindern gemeinsam bis zum Ende der allgemeinen Schulpflicht besucht wird. Sie sieht daran einen entscheidenden Beitrag für soziale Gerechtigkeit im Schulwesen, für ein umfassendes Schulangebot im ländlichen Raum, für bestmögliche individuelle Förderung aller Kinder und für die Erhöhung des Bildungsniveaus der heranwachsenden Generation.

Ein Zwei-Säulen-Modell, wie es jetzt auch im Saarland eingeführt werden soll, kann diesem Anspruch nicht gerecht werden, weil es die Selektion im Schulwesen nicht aufhebt. Es kann aber unter bestimmten Voraussetzungen einen Zwischenschritt in Richtung einer Schule für alle Kinder darstellen. Die GEW Saarland wird deshalb dieses Modell durch ihre Forderungen und ihr Engagement mitgestalten. Maßstab ist, dass dadurch nicht der Weg zu einer Schule für alle erschwert wird und dass die bisher erfolgreichen Formen gemeinsamen Lernens ohne Abstriche fortgesetzt werden können.

Die GEW sieht im vorliegenden Eckpunktepapier zur Gemeinschaftsschule wichtige Verbesserungen wie die stärkere Gewichtung des Klassenunterrichts, die Vermeidung abschlussbezogener Klassen nach Stufe 6, den Vorrang klasseninterne Lerngruppen gegenüber der Bildung von Kursen bei der Fachleistungsdifferenzierung und den Verzicht auf das Sitzenbleiben bis zur 8. Klasse.

Diese Vorhaben können wichtige Impulse für längeres gemeinsames Lernen geben und dazu beitragen, erstarrte Strukturen, die längeres gemeinsames Lernen an den bisherigen Schulformen hemmen, zu überwinden. Sie werden von der GEW begrüßt und tatkräftig unterstützt. Es wird nicht einfach sein, sie saarlandweit umzusetzen. Die Verantwortung dafür wird in die Hände der einzelnen Schulen gelegt. Viel Diskussion und Überzeugungsarbeit in den Kollegien sowie viele praktische Beispiele an den Schulen sind dazu erforderlich. Die GEW will dazu einen engagierten Beitrag leisten.

Das Eckpunktepapier enthält auch Möglichkeiten der Unterrichtsorganisation, die hinter dem erreichten Stand gemeinsamen Lernens an Gesamtschulen und einzelnen Erweiterten Realschulen zurückfallen, z.B. eine Ausweitung der äußeren Fachleistungsdifferenzierung, eine Zersplitterung der Lernbereiche Gesellschaftswissenschaften und Naturwissenschaften in einzelne Fächer, die Einführung einer Versetzungsentscheidung an den bisherigen Gesamtschulen nach Klasse 8 sowie die Einteilung von Schülern im Jahrgang 9 in abschlussbezogene Lerngruppen auch dann, wenn ihre Leistungen in einzelnen Fächern über den zu erwartenden Abschluss hinausgehen.

Diese Regelungen stellen bedenkliche Risiken für die Substanz der Gesamtschulen dar. Die GEW fordert deshalb das Bildungsministerium auf zu gewährleisten, dass es zu keinen Abstrichen am bisher erreichten Stand gemeinsamen Lernens kommt. Sie fordert, diejenigen Schulen, die sich auf den Weg des längeren gemeinsamen Lernens machen, unabhängig von der Schulform durch zusätzliche Ressourcen zu fördern. Wenn Schulen z.B. auf das demotivierende „Abschulen“ und das teure wie ineffiziente Sitzenbleiben verzichten, dann sollten ihnen zusätzliche Ressourcen für Fördermaßnahmen zur Verfügung gestellt und die Lehrer-Schüler-Relation gesenkt werden. Als Grundprinzip der Budgetierung sollte gelten: Je heterogener die Schülerschaft zusammengesetzt

ist (viele Kinder mit Migrationshintergrund, Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf etc.), desto größer sollten die Ressourcen sein, die der jeweiligen Schule zugewiesen werden. Dieses Prinzip sollte nicht nur für Gemeinschaftsschulen, sondern auch für alle anderen Schulformen gelten.

Im Eckpunktepapier zur Gemeinschaftsschule fehlen wichtige Aspekte. Die GEW fordert deshalb den Bildungsminister auf, in folgenden Bereichen Ergänzungen vorzunehmen:


- Gemeinschaftsschulen müssen inklusive Schulen sein. Es müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen sein, dass alle Kinder aufgenommen, individuell gefördert werden und gemeinsam lernen können.
- Alle Gemeinschaftsschulen brauchen im Schulalltag fest verankerte Schulsozialarbeit, damit die Zusammenarbeit von Menschen unterschiedlicher außerschulischer Lernvoraussetzungen und sozialer Herkunft gefördert wird und belastende Lebensprobleme bewältigt werden können.

Außerdem hält die GEW folgende Nachbesserungen für nötig:

- Aus Gründen der Gleichberechtigung mit den Gymnasien und aufgrund ihres spezifischen pädagogischen Profils müssen Gemeinschaftsschulen eigenständige Oberstufen haben – wobei auch Oberstufenverbünde mehrerer Gemeinschaftsschulen denkbar sind. Sie dürfen nicht gezwungen werden, mit Gymnasien gemeinsame Oberstufen zu bilden.
- Der im Eckpunktepapier postulierte Vorrang von Klassenunterricht wird nicht konsequent eingehalten. Die GEW spricht sich für einen offenen, kompetenzorientierten Unterricht ohne Einstufungen im Klassenverband aus. Deshalb muss auch in Mathematik und der 1. Fremdsprache Klassenunterricht über die 6. Jahrgangsstufe hinaus möglich sein.
- Bisher lassen die Vorstellungen zur Gemeinschaftsschule aus Sicht der GEW zu viele unterschiedliche Ausprägungen zu. Hinter dem Etikett „Gemeinschaftsschule“ können sich höchst unterschiedliche Schulen verbergen. Je nachdem, welchen Weg die jeweilige Schulkonferenz beschließt könnte der Unterricht ab Klasse 7 zu 50% und später zu 70 % in Leistungskursen erfolgen. Er könnte aber auch bis einschließlich Klasse 9 komplett im Klassenverband erfolgen. Der erste Weg führt nicht zu längerem gemeinsamen Lernen, während der zweite Weg diesem Ziel ein Stück näher kommt. Es muss deshalb nach außen hin sichtbar werden, welchen Weg die jeweilige Schule geht.

Die GEW Saarland unterstützt die positiven Aspekte der Gemeinschaftsschulen und hält gleichzeitig an ihrem Ziel fest, gesellschaftliche und parlamentarische Mehrheiten für Schulgesetze zu erreichen, die das gegliederte Schulsystem aufheben und durch einheitliche inklusive Schulen ersetzen, die alle Bildungsgänge des gegliederten Schulsystems integrieren.“

Mit freundlichen Grüßen



(Peter Balnis)

Landesvorsitzender